

NS-Opferverbände sehen sich in der Defensive

AUFARBEITUNG In der Stiftung Sächsische Gedenkstätten brodelt es. Geschäftsführer Reiprich ist vielen Kritikern zu autoritär. DDR-Unrecht wird vordringlich behandelt

AUS DRESDEN MICHAEL BARTSCH

Auf die Stiftung Sächsische Gedenkstätten angesprochen, winken Politiker der sächsischen Regierungsparteien CDU und SPD meist seufzend ab. Auch für Journalisten ist das Thema ein heißes Eisen. Informationen aus den Gedenkstätten sind nur unter konspirativen Umständen zu erlangen. Stiftungs-Geschäftsführer Siegfried Reiprich verfügt nach der auf ihn zugeschnittenen Satzung zwar über ein Monopol bei der Öffentlichkeitsarbeit, redet aber nicht mit Journalisten. Umso eifriger reagiert er auf Kritik.

Die 1994 gegründete und 2003 mit einer Rechtsgrundlage versehene „Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ gilt seit Jahren als Sorgenkind. Im Januar 2004 kündigten der Zentralrat der Juden in Deutschland, der Verband der Verfolgten des Nationalsozialismus und der Opfer von NS-Militärjustiz ihre Gremienmitarbeit auf. Der Vorwurf lautete, das von der damals allein regierenden CDU verabschiedete Gedenkstättengesetz präferiere einseitig die Erinnerung an die SED-Diktatur. Das Gesetz wurde 2012 geändert, die Verbände kehrten zurück.

Der Streit um die Gewichtung der beiden deutschen Diktaturen vor und nach 1945 durchzieht wie überall in der Erinnerungskultur auch die sächsische

Zwei Diktaturen werden in der Erinnerungsarbeit miteinander verglichen

Stiftung. Er wird hier überlagert von Struktur- und Ausstattungsfragen und von Auseinandersetzungen mit Geschäftsführer Reiprich.

Ursprünglich hatte der Stiftungsrat 2008 den Historiker Christoph Meyer zum Geschäftsführer gewählt. Aber die CDU-geführte Staatsregierung berief ihn nicht, bis im Stiftungsrat schließlich ihr Favorit Reiprich durchkam. Der gescheiterte Meyer, inzwischen Professor in Mittweida, kommentierte das damalige Verfahren als ein „Exempel“, um DDR-Unrecht in den Vordergrund zu stellen. Der heute 61-jährige ehemalige jenaer Bürgerrechtler Reiprich wurde 1981 aus der DDR ausgebürgert.

Bis heute ist Reiprich um-

stritten. Seit Mai 2016 schiebt der Stiftungsrat einen bereits im Landtag debattierten Evaluationsbeschluss vor sich her. Insbesondere das Verhältnis zu den sensiblen NS-Opferverbänden ist vergiftet. Ende November beendete die Vereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz ihre Mitarbeit am Ausstellungsprojekt „Spuren des Unrechts“ in Torgau. Sie beklagt „erinnerungspolitisches Versagen und mangelnde Wertschätzung der Opfer“. Sachsen verliert außerdem das von Bund und Land finanzierte Projekt der Schicksalsklärung sowjetischer Kriegsgefangener an die Berliner Wehrmachts-Auskunftsstelle. Der Landtagsabgeordnete Franz Sodann (Die Linke) reagierte empört. Inzwischen ausgeschiedene Stiftungsmitarbeiter bestätigen die sinkende überregionale Reputation der Stiftung, etwa die Präsenz auf Kongressen.

Für Streit um den Diktaturenvergleich ist das Konstrukt der Stiftung Sächsische Gedenkstätten prädestiniert. Beide Epochen sind unter dem Dach der Stiftung vereint, sowohl bei den fünf Gedenkstätten in eigener Trägerschaft als auch bei den neun „Satelliten“ in freier Trägerschaft, die die Stiftung fördert. „Das ist mehr als die Verwaltung einiger Gedenkstätten, das ist ein ambitionierter Auseinandersetzungsraum“, beschreibt Lutz Rathenow die Stiftung. Der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen sitzt mit im Stiftungsrat. Er versichert aber, er kenne niemanden, „der die Zeit vor 1945 benachteiligen will“. Hinsichtlich der institutionellen Förderung bestreiten das auch Reiprichs Kritiker nicht. Doch die Projektfördermittel sind im Verhältnis 15 zu 85 Prozent zugunsten der Erinnerung an das DDR-Unrecht verteilt.

Kritik an der Geschäftsführung kommt von beiden Seiten. Die Verfolgten des Nationalsozialismus beklagten sich im September bei Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), dass sie ihre Jahrestagung nicht in Bautzen abhalten durften, bevor sie nicht öffentliche Kritik an Reiprich zurückgenommen hätten. Und die Stasihäftlinge von Bautzen II bedauerten in einem Brief, dass ihre wichtigste Ansprechpartnerin Cornelia L. nach haltlosen Vorwürfen Reiprichs aus Bautzen vertrieben wurde.

Darauf angesprochen, erwähnt Lutz Rathenow die „totale Arbeitsüberlastung“ einer personell unterbesetzten

Stiftung. Doch Beiratsmitglied Uwe Hirschfeld, Professor an der Evangelischen Hochschule Dresden, berichtet von verbesserten Beschlüssen des Beirats, die Stiftung besser auszustatten. Die seien nie zur Entscheidungsreife beim Stiftungsrat gelangt. Andere Gremienmitglieder ergänzen, die Sitzungen des Stiftungsrats würden generell immer schlechter vorbereitet. Das Misstrauen von Geschäftsführer Reiprich gegen jeden und sein Bestreben, alles auf den eigenen Tisch zu ziehen, überfordere ihn offenbar selbst.

Nach fünf Jahren Anlauf soll 2017 endlich eine Ausstellung über die NS-Zeit des Gefängnisses Bautzen öffnen – eher trotz als wegen Reiprich. Ein „aufsuchender Dialog“ mit ihm sei nicht möglich, Kritik gelte als Verleumdung, sagt Hirschfeld. Aus Gedenkstättenkreisen heißt es, Reiprich führe nur noch Monologe. Nicht einmal wichtige Informationen würden durchgestellt. Wer sie selbst zu erlangen suche, riskiere eine Abmahnung.

Lutz Rathenow wiegelt ab und spricht von einem „Übermaß an Kommunikation“ gerade bei Reaktionen auf anonyme Briefe oder Kritik. Beim Stiftungsrat gibt es jetzt sogar einen Petitionsausschuss. Doch Bewegung ist nicht erkennbar. Am 23. Januar will der Stiftungsrat, in dem Siegfried Reiprich bei Vertretern von DDR-Gedenkstätten auch Anhänger hat, einen weiteren Anlauf für einen Evaluationsbeschluss nehmen.

Eine Evaluation verfolge nicht zuerst die Absicht, die Arbeit der Stiftung und des Geschäftsführers in Misskredit zu bringen, beschwichtigt Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD). Es gehe einfach um die externe Perspektive. Aber hinter vorgehaltener Hand hoffen viele, der verfahrenere Zustand könne aufgebrochen werden. Als Vorsitzende des Stiftungsrats darf die Ministerin keine Medienstatements abgeben. Sie erwähnt nur, dass in den Gedenkstätten gute Leute gute Arbeit machten. Fehlte das Wörtchen „trotzdem“.



Fenster einer Gedenkstätte in Torgau Foto: Peter Endig/picture alliance

ANZEIGE

Credit: ullstein bild / ullstein bild – Spiegel

„Dieses Scheißblatt!“

Bundeskanzler Willy Brandt 1974 vor der SPD-Fraktion, nachdem der SPIEGEL über eine Regierungsombildung berichtet hatte



SEIT 1947

Keine Angst vor der Wahrheit

Weniger Straftaten

RECHT BKA verzeichnet weniger Verstöße durch Geflüchtete. Schwarzfahren ist häufig

HAMBURG *afp* | Die Zahl der mutmaßlich von Flüchtlingen begangenen Straftaten ist im Jahresverlauf laut einem Bericht deutlich zurückgegangen. Vom ersten auf das dritte Quartal habe die Zahl um ein Viertel abgenommen, berichteten NDR und *Süddeutsche Zeitung* am Wochenende unter Berufung auf einen Lagebericht des Bundeskriminalamts (BKA). Darin geht es um allgemeine Kriminalität, Verstöße gegen das Asylrecht werden nicht erfasst. Der BKA-Bericht beleuchtet Straftaten, bei denen Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge

und sich unerlaubt in Deutschland Aufhaltende die Täter sind. Allein in 17 Prozent der Delikte geht es dabei um Schwarzfahren, jeweils rund ein Viertel seien Diebstähle oder Gewaltdelikte wie Körperverletzung, Sexualstraftaten machen nur etwa 1,3 Prozent der erfassten Fälle aus. Überproportional häufig werden Menschen aus dem Balkan, aus den Maghrebstaaten oder aus einigen afrikanischen Staaten und Georgien verdächtigt und überführt. Insgesamt zählte das BKA von Januar bis September 241.600 Straftaten von Geflüchteten.